

Wahlkampfthemen. Teil VI, Die Sicherheitspolitik : umstrittene Ausweitung der Aufgabenstellung der Armee

Autor(en): **Ballanti, Dario**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **26 (1999)**

Heft 4-5

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-909813>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Wahlkampfthemen (VI): die Sicherheitspolitik

Umstrittene Ausweitung der

Die nationale Verteidigung gehört zu jenen Bereichen der Innenpolitik, die am meisten polarisieren. Die Parteien des linken Spektrums wollen die Ausgaben für den Unterhalt der Armee schmälern, während rechts der Mitte Auslandseinsätze von Schweizer Soldaten kritisiert und die innere Sicherheit grossgeschrieben werden.

Der Einsatz von Armeekräften für Friedensmissionen im Ausland, die Betreuung von Flüchtlingen, der Schutz ausländischer Botschaften in der Schweiz sowie die Volksinitiative zur Halbierung der Militärausgaben

Dario Ballanti

gehören zu den zentralen sicherheitspolitischen Themen, mit denen sich die Parteien im Hinblick auf die kommenden Parlamentswahlen zu profilieren versuchen.

Die Linke unterstreicht mit ihrer Forderung nach Halbierung des Militärbudgets ihre kritische Haltung gegenüber der Armee. Besonders ablehnend steht sie dem Einsatz von Armeeangehörigen bei der Betreuung ankommender Flüchtlinge gegenüber. Die rechten Parteien wiederum legen das Schwergewicht auf die innere Sicherheit und widersetzen sich der Bewaffnung von Schweizer Soldaten im Rahmen von Friedensmissionen im Ausland. Zwischen diesen beiden Positionen stehen die Zentrumsparteien, die im wesentlichen die Sicherheitspolitik des Bundesrates unterstützen: Sie sagen Ja zu Einsätzen im Ausland und treten mehrheitlich für die Bewaffnung von Soldaten zur Selbstverteidigung ein.

Sicherheit durch Kooperation

Die Präsentation des bundesrätlichen Sicherheitsberichts 2000 hat die Polarisierung innerhalb des Parlaments in Sachen Landesverteidigung noch einmal verdeutlicht: Die Regierung ist immer stärker darauf ausgerichtet, Sicherheit durch Kooperation zu gewährleisten. Unter Anwendung des Prinzips der aktiven Neutralität öffnet sich die Schweiz vermehrt der internationalen Zusammenarbeit.

Abgesehen von wenigen Ausnahmen (wie zum Beispiel der Bewachung der

Botschaft in Algier) verbietet das Armeegesetz die Bewaffnung von Schweizer Soldaten im Ausland – ein Grundsatz, der vor fünf Jahren an der Volksabstimmung über die Blauhelme bestätigt wurde.

Friedenssichernde Einsätze

Die FDP unterstützt den Einsatz von Schweizer Truppen zur Friedenssicherung in Krisenregionen und das Konzept Sicherheit durch Kooperation. Darüber hinaus fordert sie gesetzliche Massnahmen, um Schweizer Soldaten im Ausland die Selbstverteidigung mit Waffen zu ermöglichen, falls es die Umstände erfordern. Die Frage der Bewaffnung im Auslandseinsatz gehört zu den umstrittenen innenpolitischen Themen. «Es braucht einen dringlichen Bundesbeschluss, der die Bewaffnung der zu Friedensmissionen im Ausland eingeladenen Schweizer Soldaten ermöglicht», meint der Thurgauer FDP-Nationalrat Ernst Mühlemann.

Eine ähnliche Linie vertritt auch die Liberale Partei (LPS). Sie hält es für nötig, dass sich die Schweiz unter Bei-

«Die internationale Isolation könnte uns Sicherheitsprobleme bringen.»

JACQUES-SIMON EGGLY, LPS

behaltung der gegenwärtigen Armeestrukturen den neuen Bedingungen anpasst und eventuell die Anzahl der Berufssoldaten erhöht. «Schade, dass es uns das Gesetz verbietet, der internationalen Friedenstruppe im Kosovo anzugehören. Dabei würde dies unsere Neutralität in keiner Weise verletzen», bedauert der Genfer Nationalrat Jacques-Simon Eggly, der sogar glaubt,

dass «uns die internationale Isolation Sicherheitsprobleme bringen könnte».

Gegen Auslandaktivitäten der Armee

Die SVP steht einem Engagement der Schweizer Armee im Ausland skeptisch gegenüber. «Allfällige Einsätze im Ausland sind Sache des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps sowie der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe», betont der Zürcher SVP-Nationalrat Ulrich Schlürer und fügt an: «Aussenpolitik in Kriegsgebieten muss humanitärer Natur sein und soll nicht mit Waffen ausgetra-

«Die Aussenpolitik soll nicht mit Waffen ausgetragen werden.»

ULRICH SCHLÜRER, SVP

gen werden.» Keine Gnade findet bei Schlürer auch der bundesrätliche Sicherheitsbericht. Er titulierte ihn als «leicht durchschaubaren Versuch einer Legitimation der Auslandaktivitäten, die der Bundesrat für die Armee anstrebt.» Dieselben Positionen vertreten die Freipartei, die Schweizer Demokraten und die Lega dei Ticinesi: Für die Rechte hat die innere Sicherheit Priorität.

«Die innere Sicherheit hängt immer mehr von den Ereignissen ausserhalb unserer Grenzen ab», betont dagegen der Luzerner CVP-Nationalrat Josef Leu, der von parteiinternen Auseinandersetzungen rund um die Frage der Bewaffnung von Schweizer Soldaten im Ausland erzählt. Der zentrale Gedanke sei jedoch immer, dass die Soldaten einzig und allein zur Selbstverteidigung bewaffnet werden sollten. Leu befürwortet auch den Einsatz der Armee zur

«Ein zu ausgedehnter Militärdienst könnte zu beruflichen Problemen führen.»

JOSEF LEU, CVP

Aufgabenstellung der Armee

Betreuung der Flüchtlinge in der Schweiz sowie – «lediglich punktuell, nicht verallgemeinernd und nur flankierend» – die Unterstützung der Grenzwächter. Ablehnend steht er jedoch der Bewachung ausländischer Botschaften in der Schweiz durch Armeepersonal gegenüber: «Wir sind eine Milizarmee. Ein zu ausgedehnter Militärdienst könnte zu beruflichen Problemen führen», meint er abschliessend.

Schmälerung der Militärausgaben

Obwohl die Linke eine vermehrte Beteiligung der Schweiz an friedenssichernden Missionen befürwortet, bleibt sie gegenüber der Armee skeptisch. «Der Bericht zur Sicherheitspolitik liefert eine gute Analyse», hält Nationalrat Ruedi Baumann von den Grünen fest, schränkt jedoch ein: «Die Studie ist wie immer zu sehr auf die militärische und

weniger auf die zivile Gesellschaft fokussiert.»

Der zentrale Vorstoss des rot-grünen Lagers stellt die Volksinitiative «Für die Halbierung der Militärausgaben» dar, die wahrscheinlich während der Herbstsession kurz vor den Wahlen im Parlament behandelt wird. «Die gegenwärtigen Militärausgaben fliessen in die klassischen Armeebereiche», erläutert der Berner SP-Nationalrat Peter Vollmer und meint: «Die durch die Halbierung der Ausgaben eingesparten Mittel könnten für eine humanitäre Politik verwendet werden.» Diese Ansicht vertritt im übrigen auch die Partei der Arbeit.

Stärkung der internationalen Zusammenarbeit

In der ersten Phase des Kosovo-Kriegs war die SP gespalten: Parteipräsidentin Ursula Koch sprach sich für den Einsatz

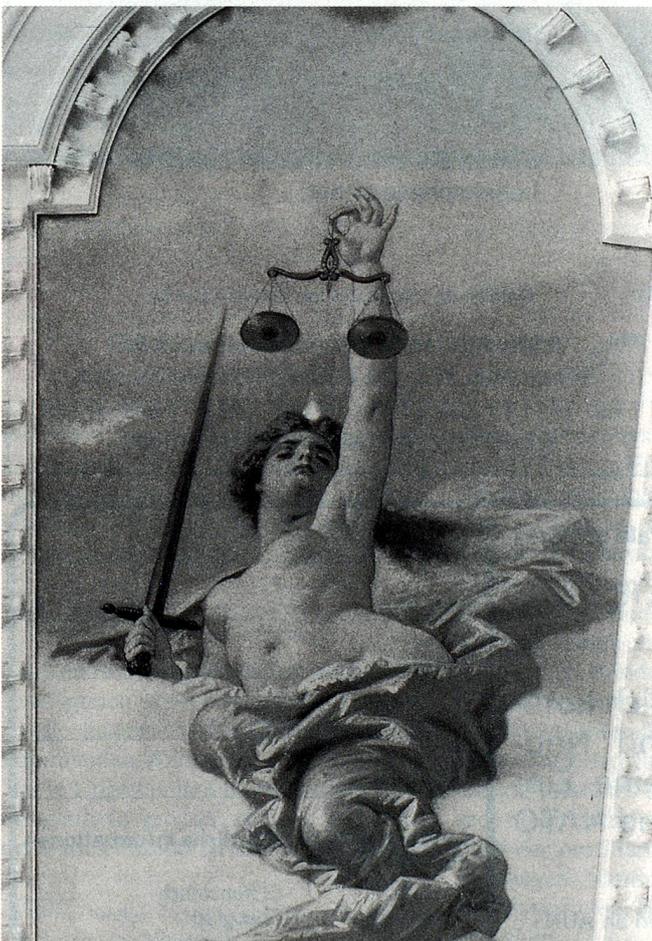
von NATO-Bodentruppen im Kosovo aus, während andere Parteixponenten wie der Tessiner Nationalrat Franco Cavalli sowohl eine Invasion als auch die Luftangriffe entschieden ablehnten.

Die Sozialdemokraten befürworten zwar eine Schweizer Beteiligung an friedenssichernden Missionen im Ausland, doch nur unter zwei Bedingungen: Die internationale Zusammenarbeit, d.h. der Auslandseinsatz der Schweizer

«Die gegenwärtigen Militärausgaben fliessen in die klassischen Armeebereiche.»

PETER VOLLMER, SP

Armee unter der Schirmherrschaft von UNO oder OSZE, muss vom Volk mitgetragen werden, und die Soldaten dürfen nur zur Wahrung der persönlichen Sicherheit bewaffnet werden. Bei letzterem Punkt herrscht innerhalb der SP allerdings keine Einmütigkeit. «Es ist peinlich, sich von den anderen verteidigen lassen zu müssen», meint Vollmer und spielt dabei auf die unbewaffneten Schweizer Gelbmützen an, die im Rahmen der Bosnien-Mission unter dem Mandat der OSZE von ausländischen Soldaten geschützt werden. Was die Flüchtlingsbetreuung und die Bewachung der Grenzen durch die Armee betrifft, bekräftigt der Berner Nationalrat das Nein seiner Partei: «Damit fördert man nur die Hysterie.» ■



Verhilft die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der Schweiz zu mehr Gerechtigkeit?

Eidgenössische Volksabstimmungen

12. März 2000

Gegenstände noch nicht festgelegt.

21. Mai 2000

Gegenstände noch nicht festgelegt.

24. September 2000

Gegenstände noch nicht festgelegt.

26. November 2000

Gegenstände noch nicht festgelegt.